



Grüner 10-Punkte-Plan kompakt

1. Klimaschutz voranbringen
2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen
3. Landwirtschaft nachhaltig machen
4. Europa zusammenführen
5. Familien stärken
6. Soziale Sicherheit schaffen
7. Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen
8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben
9. Freiheit sichern
10. Fluchtursachen bekämpfen

Wir erhalten, was uns erhält – das ist für uns ein klarer Grundsatz.
 Von diesem aus buchstabieren wir Politik. Wir haben nur diesen einen Planeten
 und diesen einen nur von unseren Kindern geborgt.



Umwelt ist nicht alles – aber ohne Umwelt ist alles nichts!



DIE GRÜNEN in Kirchlinteln

von links nach rechts:

Andreas Kühne
Schafwinkel

Andrea Hartmann
Kirchlinteln

Raymond Boumans
Luttum

Uschi Isenbeck
Neuenförde

Jörg Rohrbeck
Neddenaverbergen

Ada Walter
Kirchlinteln

Henk Dohle
Bendingbostel

Birte Detjen
Kirchlinteln

Timo Degenhard
Holtum Geest

Petra Bruns
Luttum

Wilhelm Haase-Bruns
Luttum

nicht auf dem Bild

Frank-Peter Seemann
Luttum

Rolf Sievert
Brunsbrock

Henrike Hartmann
Kirchlinteln

Norbert Röttjer
Weitzmühlen

Spritzmittelrückstände in unserem Trinkwasser!

Wasser ist der Grundstoff für das Leben. Unser Körper besteht bis zu 90% aus Wasser. Deshalb sollte insbesondere unser Trinkwasser eine optimale Qualität haben.

Schauen wir einmal auf Ergebnisse der letzten Reinwasseranalyse des Trinkwasserverbands Verden, so kommt Ernüchterung auf. Denn Spritzmittelrückstände der Landwirtschaft gehören nun wirklich nicht ins Tiefen-Grundwasser, auch nicht in kleinsten Konzentrationen.

Der Trinkwasserverband bemüht sich mit aufwendigen Verfahren das Grundwasser optimal aufzubereiten. Nun wurden jedoch drei Herbizide in den Wasserwerken Langenberg und Panzenberg sowie zwei Herbizide im Wasserwerk Wittenkoppenberg – wenn auch in geringen Konzentrationen – nachgewiesen.

Das sind zwei bzw. drei Herbizide zu viel! Die höchsten Rückstände hat dabei das Wasser von Kirchlinteln, also Langenberg, einem Einzugsbereich mit besonders intensiver landwirtschaftlicher Nutzung.

Das, wovor Umweltschützer seit Jahrzehnten gewarnt haben, ist nun Realität, die Spritzmittel wandern nach und nach ins tiefe Grundwasser. Bedenklich ist, es wurden nur 36 von 277 zugelassenen

Wirkstoffen überhaupt untersucht. Was also ist sonst noch im Wasser, auf das gar nicht getestet wurde, z. B. hormonartige Stoffe oder giftige Abbauprodukte der Wirkstoffe?

Auf die Einhaltung der Grenzwerte können wir uns jedenfalls nicht verlassen u.a. da es nach gängiger Gesetzgebung nur Grenzwerte für die einzelnen Wirkstoffe gibt, nicht berücksichtigt wird jedoch die Summe der unterschiedlichen gesundheitsgefährdenden Stoffe bei der Grenzwertfestlegung. Wechselwirkungen und additive Wirkungen der Schadstoffe bleiben unberücksichtigt.

Wie gehen wir nun mit der Situation um? Wenn der Schaden da ist, ist er da. Reinigen kann man das Grundwasser nicht in diesen Tiefen; nur aufwendig aufbereiten und filtern.

Es bleibt eine alte Forderung der Grünen:

- stärkere Förderung der biologischen Landwirtschaft;
- strengere Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln;
- keine Anwendung von Pestiziden in der Nähe von Wohngebieten und Wasserschutzzonen;
- bessere Reinigungsverfahren in den Wasserwerken.



Bock auf Klarheit – ohne Weichspülfaktor!

Jetzt heißt es Ärmel hoch krempeln und anpacken. Es an der Zeit, sich DEA & Co. in den Weg zu stellen!

Eines ist klar: Es gibt kein GUTES FRACKING! Wir, die Grünen im Landkreis Verden und auch hier in Kirchlinteln bleiben gegenüber dieser Herausforderung kompromisslos: Kann ein Bergbaugesetz von 1870, also nach mehr als 100 Jahren, noch »aktuell und zukunftsfähig« sein?

Unsere Forderung: Eine Zukunft ohne Erdgasförderung in unserer Region! Denn eines haben wir doch lange erkannt: Die Energiegewinnung von DEA & Co. ist alles andere als gesund und erdbebensicher! Beweise, dass die jetzige Art der Erdgasförderung nicht gesundheitsgefährdend ist, werden von den Konzernen nicht erbracht.

Aber, die ENERGIEWENDE ist nur die eine Seite unserer grünen Zukunftspolitik. Die Grünen haben noch mehr zu bieten. Da ist noch die Agrarwende, na klar! Das heißt für uns auch, dass wir die Landwirte damit nicht alleine lassen, denn wir unterstützen mehr als nur die »Ringelschwanz- und Blühstreifenprämie«!

Auf Initiative unserer grünen Landesregierung in Hannover haben wir vor

kurzem das »grüne« Weidemilchsiegel für unsere Bürger auf den Weg gebracht.

Das soll nicht heißen, dass unser Ziel damit erreicht ist, es ist ein großer Teilerfolg. Uns ist nicht egal, was unsere Kinder mittags in den Schulkantinen auf den Teller bekommen. Es zählt noch immer: Für unsere Kinder nur das Beste!

Das heißt Milch und alle unsere Lebensmittel aus ökologisch-nachhaltigem Anbau, naturbelassen eben!

Wir wollen unsere Landwirte mit der AGRARWENDE nicht allein lassen und fordern deshalb von den weltweit handelnden Molkereibetrieben: Zahlt unseren Bauern hier in unserer Region einen anständigen Milchpreis, damit wir eine Chance auf gesunde und pestizidfreie Agrarprodukte haben!

Nur dann haben unsere Kühe und Schweine ein echte Chance auf ein anständiges und artgerechtes Leben, weit weg von Massentierhaltung! Wenn wir es alle wollen, wird auf einmal vieles möglich, aber auch dafür brauchen wir Ihre Stimme!

**Wenn es Zeit ist zu wählen,
zählt jede Stimme!**

Energiewende jetzt! Strom aus Kohle und Atom macht den ÖKOSTROM teuer

Buchempfehlung

Claudia Kemfert

Das fossile Imperium schlägt zurück; 2017 Murmann Publishers

Im Folgenden einige bemerkenswerte Fundstellen:

»Was die Energiewende und den Klimaschutz betrifft, stehen wir am alles entscheidenden Wendepunkt der Geschichte: Die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, werden weitreichende Folgen haben. Die Weichen, die wir jetzt stellen, werden über unsere Zukunft bestimmen. Die Investitionen, die wir jetzt nicht tätigen, werden uns irgendwann sehr teuer zu stehen kommen.

Es wäre fatal, das Feld allein den ökonomischen Interessen der fossilen Wirtschaft zu überlassen. Eine Volkswirtschaft sollte in die Zukunft investieren und nicht in die Machtstrukturen der Vergangenheit, die uns ohnehin noch lange genug beschäftigen werden!« (S. 34)

»Energie ist eine der wichtigsten Ressourcen für die Wirtschaft aller Staaten. Wer hier innovative Ideen und zukunftsweisende Impulse liefert, kann so manchen Konflikt aus der Welt schaffen. Wer sich nicht um Ölquellen streiten muss, weil Solarzellen auf den Häuserdächern die regionale Wirtschaft beflügeln, findet vielleicht auch friedliche Wege für ein fruchtbares soziales Miteinander. Erneuerbare Energien sind nicht nur Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung anderer Länder, sondern auch eine wertvolle Antriebskraft für die deutsche Wirtschaft. Das Land der Erfinder und Ingenieure könnte auf diese Weise Energie und Frieden in der Welt verbreiten.« (S. 26)

»Deutschland produziert so viel Strom, dass der Überschuss in andere Länder exportiert wird. Im Winter 2016/2017 war Frankreich auf Strom aus Deutschland angewiesen. Fünf Jahre vor dem endgültigen Ende der deutschen Atomkraft laufen – mit einer Gesamtleistung von insgesamt etwa 2000 Megawatt – zwei von sieben Atommeilern ausschließlich für den Bedarf der französischen Nachbarn.

Wenn wir wollten, könnten wir alle acht noch aktiven Atomkraftwerke vom Netz nehmen. Wir müssten damit gar nicht bis 2022 warten: Der Atomausstieg ginge jetzt!« (S. 43)

»Die Wirtschaft braucht klare Signale aus der Politik. Unternehmen brauchen einen stabilen Kurs und einen verbindlichen Klimaschutzplan – alles andere kostet sie sehr viel Geld und im Zweifel die Existenz. Es geht also gar nicht um die Frage, ob wir so lange im Voraus überhaupt planen können. Es geht darum, dass wir so lange im Voraus planen müssen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass Deutschland die für 2020 selbst gesteckten Emissionsminderungsziele von 40 Prozent im Vergleich zu 1990 nicht erreichen wird – dennoch fordern viele ein Tempolimit für die erneuerbaren Energien.« (S. 52/53)

»Das deutsche Stromnetz ist das sicherste weltweit. Und, obwohl wir das zuverlässigste Netz der Welt haben, bauen wir es also mit viel Aufwand und hohen Kosten immer weiter aus, um die Garantie für etwas zu erlangen, das wir längst haben: eine nahezu hundertprozentige Versorgungssicherheit...« (S. 63/64)

»Den Netzbetreibern kommt es entgegen, dass man noch immer davon überzeugt ist, die Energiewende sei ohne einen Ausbau der Stromnetze gar nicht machbar. Der Netzausbau ist ungeheuer lukrativ... Und wer die Netze hat, hat die Macht auf dem Energiemarkt. Die Energiewende braucht dezentrale Strukturen auf regionaler Ebene!« (S. 64)

»Fakt: Nicht der Ökostrom lässt die Strompreise steigen, sondern der konventionelle Strom. Denn der Überschuss an Kohle- und Atomstrom drückt die Strompreise an der Börse und treibt somit die EEG-Umlage in die Höhe. An den Verbraucher weitergegeben werden aber nicht die sinkenden Strompreise, sondern nur die steigenden Umlagen und Netzentgelte. Hinzu kommen die Industrierabatte in Milliardenhöhe: Immer mehr energieintensive Unternehmen werden von der Umlage befreit – die Kosten dafür lasten ebenfalls auf den Verbrauchern.« (S. 69)

Wie viele Katastrophen brauchen wir eigentlich?



In der Zeitung konnte man lesen, dass sich im ersten Quartal 2017 nur noch 42 Prozent der Verbraucher für grüne Elektrizität entschieden.

Das sind deutlich weniger als 2012, dem Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima. Frage: Wie viele Katastrophen brauchen wir eigentlich?

Ist das noch Wetter oder schon Klimawandel? – Verden und die Welt –

von Doris Gerken *



Alle reden vom Wetter. Wir erleben tagelangen Dauerregen, Starkregen, und zum Teil tropischen Temperaturen. Sind das noch übliche Wetterphänomene oder sind das bereits spürbare Vorboten eines Klimawandels?

Es sieht so aus, als ob der Landkreis Verden in diesem Sommer von einem dramatischen Hochwasser verschont wurde. Dennoch haben einige von uns Probleme mit Wasser in den Kellern, übergelaufenen Gullys und die Landwirte sorgen sich um die Ernte.

Es hat sich etwas geändert! In den letzten Jahren hat es häufigere und höhere Hochwasser gegeben als in den letzten 100 Jahren zuvor. Niemand, der sich ernsthaft mit den weltweiten Klimaveränderungen befasst, kann diese leugnen.

Wenn wir aber hier erst die Auswirkungen des Klimawandels in dramatischem Ausmaß spüren werden, so wie es in den südlichen Ländern bereits der Fall ist, dann wird es zu spät sein.

Noch können wir uns nicht vorstellen, das Verden geflutet wird. Obwohl die Industrienationen die größten Verursacher des Klimawandels sind, sind sie selbst bislang noch relativ wenig davon betroffen.

Noch wird unsere Region nicht so vom Ansteigen des Meeresspiegels bedroht wie die Malediven, Bangladesch oder Pakistan. Trotz der Tatsache, dass der afrikanische Kontinent am wenigsten zu den menschlichen Faktoren des Klimawandels beigetragen hat, ist der am schlimmsten davon betroffen. Anhaltende Dürre einerseits und Starkregen andererseits führen zu Hungersnöten, Krankheiten und lösen Migrationsbewegungen aus. Von den zehn am meisten durch den Klimawandel beeinträchtigten Gebieten liegen sieben auf dem afrikanischen Kontinent.

Das bedeutet, es muss jetzt umfassend und radikal gehandelt werden, um globale Katastrophen, die mit Verzögerung auch unsere Region erreichen werden, zu verhindern.

Was bedeutet »radikal handeln«? Nicht mehr als konsequent an die »Wurzeln des Übels« zu gehen und diese zu be-

grenzen und langfristig auszuschalten. Es ist unstrittig, dass die fossilen Energien Ursache des Klimawandels sind. Die Industrienationen benutzen die Atmosphäre als Müllkippe. Wir verzeichnen einen Anstieg des CO₂ Ausstoßes seit dem Jahr 2000 um 40 Prozent. Ein weiterer Anstieg in dieser Geschwindigkeit wird unseren Planeten unbewohnbar machen.

Aber noch lassen sich diese Entwicklungen stoppen. Internationale Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen müssen konsequent umgesetzt werden. Auf nationaler Ebene kann eine Energiewende, die ihren Namen wirklich verdient, umgesetzt werden; Subventionen für grüne, klimaschonende Investitionen können entwickelt und technische Entwicklungen, die unsere Umwelt schützen können gefördert werden, anstatt weiter klimaschädliche Produktionen zu unterstützen.

Wir in der Region müssen nicht tatenlos bleiben und hoffen, dass »die da oben« schon alles richten werden. Auch Kommunalpolitik kann und muss einen wichtigen Betrag zum Klimaschutz leisten. Das fängt beim Toilettenpapier mit dem »Blauen Engel«, das in öffentlichen Gebäuden genutzt wird, an und hört bei guten Verkehrskonzepten, die Alternativen zu Abgas produzierenden Mobilität entwerfen, noch lange nicht auf.

Durch energieeffizientes Bauen kann ein großer Teil CO₂ eingespart werden. Hier kann Stadt und Regionalentwicklung deutliche Signale setzen. Gute Wärmeversorgung ist mit regenerativen Energien möglich. Alle vorhandenen Fördermöglichkeiten, die Land und Bund bereitstellen, könnten in der Region genutzt werden.

Und nicht zuletzt können auch wir Verbraucherinnen und Verbraucher durch effiziente Energienutzung und verantwortungsbewusstes Konsumverhalten unseren Beitrag vor Ort zum weltweiten Klimaschutz leisten.

Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels bewusst erlebt, und vermutlich die letzte, die noch etwas daran ändern könnte.

Klimaschutz ist nicht alles?
Aber alles ist nichts ohne Klimaschutz. Globale und regionale Entwicklungen lassen sich nicht trennen.

Offener Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Betr.: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft – nur nach vorne gehen!

Sehr geehrte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

vor einiger Zeit fragte mich meine vierjährige Tochter *Juwelia Saphira* mit Blick auf ein an der Wand lehndes Bild: »Du Papa, was für ein Tier ist das da?« Ich antwortete: »Das ist ein Birkhahn.« Meine Tochter weiter: »Gibt es das Tier wirklich?« Das machte mich nachdenklich. Denn mit meinen 40 Jahren habe ich selbst noch nie einen in *Freiheit lebenden* Birkhahn gesehen. Und das, obwohl ich im Forst lernte und mit meiner Familie in einem Randbereich Kirchlintelns (Landkreis Verden) im Übergangsbereich zu einem natürlichen Lebensraum des Birkhahns – der Lüneburger Heide – lebe.

Leider vermute ich, dass auch meine Tochter die Vielfalt natürlicher Lebensraumbewohner kaum je mehr in Freiheit erleben können! Oder vielleicht doch? **Nämlich dann, wenn wir alle gemeinsam und schnellstens einen Weg beschreiten, auf dem wir verantwortungsvoll und trotzdem alltagstauglich mit unseren Böden, Lebensräumen, Tieren und unserer Energie, ja mit unserer Erde umgehen und alle! Ressourcen wirklich nachhaltig nutzen!**

Vielleicht haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, bei Ihren Urlauben in Südtirol schon einmal ein Birkhuhn in »freier Wildbahn« gesehen. In den Alpen gibt es diese Tierart ja noch in stabilen Populationen. Lebensräume im »wirtlichen« Tiefland Niedersachsens aber werden rar, da die Flächenkonkurrenz riesig ist. Die wenigen Exemplare der ehemals üppig verbreiteten Birkhühner verteilen sich fast unsichtbar im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide und – bezeichnender Weise – auf die kaum frequentierten Truppenübungsplätze Niedersachsens.

Unser Landschaftsverbrauch, unsere Art der Landnutzung und unsere Art der Landausbeutung gehen auf Kosten aller Menschen, Tiere, Pflanzen. Deshalb engagiere ich mich für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren noch **verbleibenden Ressourcen**. Es muss Schluss sein mit »auf Kosten des Tierwohls« erzeugten Grundnahrungsmitteln und auf Kosten der Gesundheit »zusammengepanschten« und schlecht deklarierten Lebensmitteln.

Echter Natur- und Artenschutz heißt für mich die Betrachtung und Wertschätzung der **gesamten Schöpfung**. Sie, Frau Bundeskanzlerin, sind – so informieren uns zumindest die Medien – eine überzeugte Christin. Haben Sie beim derzeitigen Umgang mit unserer Erde keine Angst um diese »göttliche Schöpfung«, die man uns hier anvertraut hat und die wir gerade ruinieren? Lassen Sie uns gemeinsam wichtige Aufgaben angehen:

- Der Schutz des Grundwassers, einhergehend mit dem Schutz des Oberflächenwassers, muss oberste Priorität haben. An ihm hängt unser aller Gesundheit, unser Wohlstand, unser Frieden.
- Tierwohl muss in den Ställen realisiert und weitergedacht werden für wildlebende Individuen.
- Energiegewinnung darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Bürger gehen. Ändern wir das Bundesberggesetz! Erdgasförderung braucht Deutschland nicht!
- Räumen wir gemeinsam die Hindernisse beiseite, die dem Ausbau der erneuerbaren Energie im Wege stehen durch den lobbygeführten Schutz veralteter Technologien. Der CO₂-Anstieg muss endlich effektiv abgebremst und nicht durch Endlagerlösungen (CO₂-Speicher) »vertuscht und verbuddelt« werden.

Wir alle hier haben diese unsere Erde NICHT GEKAUFT, man hat sie uns anvertraut. Wir sind verpflichtet, sie schonend zu nutzen und werterhaltend zu pflegen. Wie soll ich, wenn alles ressourcenplündernd weiterläuft wie bisher, meiner heute noch kleinen Tochter in wenigen Jahren klarmachen, dass nichts mehr ist, wie es mal war, und leider alles schlechter, öder, ungesünder.

Frau Dr. Merkel, Sie werden oft als die richtige Frau in der falschen Partei angesehen. Ich glaube daran, dass wir reden und uns auf weiten Gebieten verständigen können. Gemeinsam können wir vielleicht die Welt noch retten. Dazu sollten wir uns treffen.

Ich verbleibe mit herzlichen und grünen Grüßen
Timo Degenhard – aus Holtum (Geest)

Schlagzeilen

Wer Merkel wählt – wählt Glyphosat

Atom Müll strahlt – Windräder nicht

Megaställe verdrängen kleine Höfe

Die Energiewende ist ein Friedensprojekt

Das Artensterben muss gestoppt werden

Trinkwasser muss eine saubere Sache sein

Gesundes Essen kommt nicht aus einer kranken Natur

Umwelt ist nicht alles, aber ohne Umwelt ist alles nichts

Im Land Bremen werden jährlich

23.000.000 Einwegbecher

verbraucht, dafür müssen

43.00 Bäume

gefällt werden.

*) Kreisvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Landtagskandidatin

Zeitgemäßes

Wer Gift verteilt, soll zahlen: Um Hersteller, Händler und Anwender an den ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten zu beteiligen, braucht es in Deutschland eine Abgabe auf Pflanzengifte.

Inzwischen sterben global mehr Menschen an Über- oder Fehlernährung als an Unterernährung. Wenn der Überkonsum in reichen Ländern reduziert wird, fallen die Emissionen – und auch der Nahrungsmittelpreis – zugunsten der Ernährungssicherheit.

Die Welt besteht aus denen,
die etwas in Gang setzen,
denen,
die zuschauen, wie etwas geschieht,
und denen,
die fragen, was geschehen ist.

»Wo dürfen wir Sie einordnen?«

N. Augustine

»Der Kampf gegen
Rechtsextremismus
und Rechtspopulismus
entscheidet sich nicht
allein vor Gericht, sondern
vor allem in den Köpfen.«

Björn Fecker,
Grünen-Innenpolitiker in Bremen

Unsere Kandidatin für den Bundestag

Als Mitglied im OV Schwanewede und stellvertretende Ortsbürgermeisterin in Neuenkirchen setze ich mich für die Umsetzung grüner Themen auf kommunaler Ebene ein.

Insbesondere liegen meine Interessen/Schwerpunkte bei der Erhaltung einer funktionierenden Ökologie und der Erhaltung und Verbesserung von Naherholungsgebieten.

Wichtig ist mir zudem die Entwicklung des ländlichen Raums, z.B. durch eine gute Anbindung des ÖPNV. Alternativen, wie z.B. Mitfahrerbänke, Bürgerbusse möchte ich auf den Weg bringen.

Ich setze mich darüber hinaus für ein soziales Miteinander ein und möchte das auch in den Bundestagswahlkampf einbringen. Im kommenden Bundestagswahlkampf möchte ich das Thema der sozialen Gerechtigkeit offensiv vertreten. Es kann nicht sein, dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer. Der Staat als Institution aller Bewohner hat dafür zu sorgen, dass dieser Trend umgekehrt wird. Der Staat kann dabei nicht der Reparaturbetrieb eines ungebremsten Profitstrebens auf Kosten der einfachen Bürger sein.

Daher will ich dieses Thema im Wahlkampf mit viel Engagement mit Leben füllen. Als Vorsitzende des Sozialverbandes in Neuenkirchen kann und werde ich dieses Thema auch glaubhaft vertreten.

Insbesondere liegt mir also am Herzen mich für die sozial Schwächeren einzusetzen und Flagge zu zeigen, dass wir Grüne eine Lobby der sozial Schwächeren sind. Hierbei geht es um das Erarbeiten weiterer konkreter Lösungsansätze und dies möchte ich im Bundestagswahlkampf vertreten.

Folgende Themenpunkte möchte ich aufgreifen:

- gerechte Verteilung der Sozialabgaben bezogen auf die Höhe des Verdienstes;
- gerechte Einkommen/Besteuerung (gleiche Bezahlung für Frauen und Männer);
- umsetzbare Rentenmodelle z.B. Grundeinkommen;
- eine Krankenversicherung z.B. Bürgerversicherung.

Dass ich mich daneben auch für die Ökologie einsetze ist für mich als Grüne selbstredend. Eine intakte Umwelt ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass die Menschen leben und auch gut und gesund leben können. Der Klimawandel ist eine derartige Bedrohung, dass wir diese nicht länger ignorieren können. Die Verseuchung des Grundwassers mit Pestiziden und Nitraten ist weit fortgeschritten und bedroht unsere Lebensgrundlagen. Die schönste soziale Gerechtigkeit hilft nicht in einer zerstörten Umwelt, in der es sich nicht mehr sicher leben lässt.



Monika Geils

Grüner 10-Punkte-Plan
kompakt

1. Klimaschutz voranbringen: Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100 Prozent Erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab.

2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen: Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.

3. Landwirtschaft nachhaltig machen: Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um.

4. Europa zusammenführen: Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung mehr in Verteidigung zu stecken.

5. Familien stärken: Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit 12 Milliarden Euro zusätzlich: das grüne Familienbudget – mit allem was dazugehört – stärkt nicht nur Familien sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

6. Soziale Sicherheit schaffen: Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau.

7. Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen: Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.

8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben: Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen und das Adoptionsrecht öffnen.

9. Freiheit sichern: Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.

10. Fluchtursachen bekämpfen: Deutschland trägt derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.

Tote Bienen, verschwundene Vögel

Das Artensterben findet vor unserer Haustür statt

Drei von vier heimischen Vogelarten sind gefährdet, viele Insektenarten sind schon ausgestorben. Doch die Bundesregierung bleibt untätig. Hauptursache sind die verschwindenden Lebensräume und der Einsatz von Pestiziden in der industrialisierten Landwirtschaft.

Der Einsatz von Giften hat in den letzten 20 Jahren parallel zum Artensterben stark zugenommen; über 100.000 Tonnen Pestizide landeten 2015 auf deutschen Äckern und damit am Ende in unserem Essen und im Trinkwasser.

Was Insektenkundler aus Krefeld in einer aktuellen Bestandsaufnahme herausgefunden haben, muss uns alarmieren: Bei der Auswertung von Insektenfallen innerhalb der letzten 20 Jahre ermittelt sie einen Rückgang der Population von 80 Prozent.

Verschwunden sind nicht einzelne Arten, sondern massenweise Fluginsekten (Hummeln, Wespen, Mücken, Fliegen, Käfer, Bienen, Libellen). 2006 wurden in einem Schutzgebiet an der Isar 58 Wildbienenarten gefunden, im Sommer 2016 nur noch 14 Arten. Die ökologischen Fol-

Ackergifte Glyphosat und Neonikotinoide töten
Schädlinge und Nützlinge

gen sind dramatisch:

- den Vögeln fehlt es an Nahrung,
- den Schädlingen an Feinden,
- den Blüten an Bestäubern,
- den Äckern an Nützlingen und Vögeln,

wodurch der Gifteinsatz sich zwangsläufig noch einmal erhöht!

Die seit gut 20 Jahren angewendete Stoffgruppe, dem Nervengift Nikotin ähnelnd, sind die sogenannten Neonikotinoide. Als Beizmittel für Saatgut verbreitet sich dieses Mittel im gesamten Gewebe

der Pflanze, so dass Fraßschädlinge vergiftet werden. Dieses Gift findet sich entsprechend auch im Pollen und Nektar.

Bienen sterben nicht durch die Aufnahme geringster Mengen, sondern sie verlieren ihre Orientierung, irren bis zur völligen Erschöpfung umher und sterben.

Aber es geht nicht nur um Honigbienen: Mehr als die Hälfte aller Wild- und Kulturpflanzen werden durch Wildbienen und anderen Insekten bestäubt!

Den Rekordumsätzen der Pestizidhersteller stehen immense gesellschaftliche Kosten und Schäden gegenüber. Neue Studien belegen, dass auch in der konventionellen Landwirtschaft bis zu 60 Prozent weniger Pestizide eingesetzt werden können, ohne Einbuße bei Ertrag und Qualität. Es geht auch anders: Frankreich verbietet ab 2018 alle Neonikotinoide und Dänemark erhebt seit 2013 erfolgreich eine Pestizidsteuer.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat deshalb einen umfassenden Plan zur Pestizidreduktion vorgelegt (siehe »gruenebundestag.de/Pestizidreduktion«).